

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anstalten
und die Auswärtigen die Postämter
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Anschlag Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise
bestimmen sich nach dem Raum und
nach dem Inhalt der Anzeigen. —
Wichtige Anzeigen zu besonderen
Bedingungen. — Anzeigen für
amtliche Zwecke zu besonderen
Bedingungen.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 247

Mittwoch, den 22. Oktober 1924

19. Jahrgang

Der Reichstag aufgelöst.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Amliche Meldung.

Berlin, 20. Oktober, 7.30 abends.

Die Bemühungen des Reichskanzlers, die jetzige Reichsregierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstage zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Uebereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinett beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen.

Der Reichspräsident hat dem Antrage des Reichskanzlers entsprochen und nachstehende Verordnung erlassen:

„Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher bestohlenen Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“

Berlin den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident.

Der Reichskanzler.

(gez.) Ebert.

(gez.) Marx.

Die Verhandlungen am Vormittag.

Berlin, 20. Okt. Am heutigen Vormittag konzentrierte sich das Interesse auf die Sitzung der demokratischen Fraktion, die ursprünglich auf 10 Uhr angesetzt war, aber erst um einviertel zwölf Uhr beginnen konnte, da der demokratische Reichswehrminister Dr. Gessler nicht früher erscheinen konnte. Inzwischen hatte der Reichskanzler einen Brief an die Fraktion gerichtet, in dem er sie bat, in vaterländischem Interesse den Reichswehrminister als Fraktionsminister auch in einem nach rechts erweiterten Kabinett zu belassen. Gleichzeitig hatte der Kanzler ein Schreiben an die Deutschnationalen geschickt und sie gebeten, sich bei einer Neubildung des Kabinetts mit drei Ministerstellen zu begnügen, da er Wert darauf lege, den bisherigen Reichsernährungsminister Graf Kautz dem Ministerium zu erhalten.

Das Nein der Demokraten.

Die Antwort der Demokratischen Fraktion auf die Anträge des Reichskanzlers, ob die Demokraten einem Rechtskabinett gegenüber „Neutralität“ üben und Dr. Gessler gestatten würden, als Wehrminister zu verbleiben, ist so ausgefallen, wie zu erwarten war. Sie lautet unbedingt auf Nein. Wörtlich wird gesagt:

„Die Deutsche Demokratische Fraktion hat wiederholt erklärt, daß nicht der geringste Grund für die Herabsetzung einer Regierungskrise vorgelegen hat. Wenn der Herr Reichskanzler sich entsprechend dem Geiste der Verfassung entschloß, unbekümmert um die schwankende Haltung einzelner Fraktionen, mit dem jetzigen Kabinett vor den Reichstag zu treten, so würde dieses Kabinett von den Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten. Die schwere außenpolitische Gefahr, die mit der Einbeziehung der Deutschnationalen in das Kabinett bei ihrer unsicheren außenpolitischen Handlung verbunden ist, hat die Deutsche Demokratische Fraktion wiederholt zu dem Beschlusse veranlaßt, eine einseitige Verbreiterung des Kabinetts nach rechts nicht mit ihrer Verantwortung zu bedenken. Die geplante Zusammenlegung des neuen Kabinetts, in das auch Deutschnationaler berufen werden sollen, die sich dem Dawes-Gutachten gegenüber ablehnend verhalten haben, kann die Deutsche Demokratische Fraktion in ihrer Haltung nur bestärken. Daß die Fraktion, die dafür eintritt, das jetzige Kabinett in seiner Gesamtheit zu erhalten, ihre Zustimmung dazu gäbe, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu belassen, und daß sie durch einen derartigen haben Schluß unklare Verantwortlichkeiten schaffe, ist ein Verlangen, dem die Fraktion nicht entsprechen kann.“

Um 5 Uhr nachmittags teilten die Abgeordneten Dr. Koch und Erkelenz dem Reichskanzler diesen Wortlaut des demokratischen Beschlusses mit. In der Aus-

sprache, die sich daran knüpfte, empfahlen die beiden demokratischen Führer dem Reichskanzler, noch einmal mit seinem Kabinett vor den Reichstag zu treten und eine Entscheidung des Plenums darüber herbeizuführen, ob die Mehrheit seine Politik billige, oder nicht. Das Kabinett trat um 6 Uhr zusammen. Um 1/8 Uhr abends wurde dann das oben abgedruckte Auflösungsdekret veröffentlicht.

Neuwahlen zwischen 30. November und 15. Dezember.

Berlin, 20. Okt. Um 8 Uhr überbrachte der Staatssekretär der Reichskanzlei dem Reichstagspräsidenten Wallraf die Auflösungsverordnung. Die Ausschüsse des Reichstages, die zu Sitzungen einberufen hatten, sind abgesetzt worden. Die Fraktionen fallen als solche ebenfalls fort, jedoch ist es ihren Mitgliedern unbenommen, als Vertrauensmänner ihre Parteien in den Räumen des Reichstages auch weiter sich zu versammeln. Die Neuwahlen zum Reichstag dürften frühestens auf den 30. November angesetzt werden, jedoch wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß sie erst um Mitte Dezember erfolgen werden, da der Wunsch besteht, daß gleichzeitig in Preußen und in Hessen die Neuwahlen vor sich gehen.

Berlin, 20. Okt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat für Mittwoch vormittag 10 Uhr eine Fraktionsitzung einberufen, auf deren Tagesordnung die Vorbereitung der Reichstagswahlen steht. Am morgigen Dienstag wird auch die nationalsozialistische Reichstagsfraktion noch eine Sitzung abhalten, in der sie ebenfalls zu der neuen Lage Stellung nehmen wird.

Berlin, 21. Okt. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Reichstagsauflösung gegenüber dem wirren und unwürdigen Hin und Her zahlloser aussichtsloser Verhandlungen das kleinere Übel. Hinsichtlich der Neuwahlen spricht das Blatt den dringenden Wunsch aus, daß nach Möglichkeit eine einheitliche Front der rechtsstehenden Parteien für die Wahl hergestellt werde. Auch der „Berliner Lokalanzeiger“ setzt sich für ein Zusammengehen der Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei bei den kommenden Reichstagswahlen ein. Die „Germania“ sagt: Dieses Parlament war ein verspäteter Sprößling der Inflationszeit, nicht fähig zur praktischen Arbeit und den Todeskeim bei seiner Geburt in sich tragend. Ein einziges Mal hat der Reichstag seine Aufgabe erkannt, als er am 29. August die Dawesgesetz annahm, und doch war dieser Beschluß erst der Anfang einer Politik, die fortgesetzt werden muß, wenn nicht alle Erfolge der letzten Zeit wieder in Frage gestellt werden sollen. Die Sicherung des bisherigen Kurzes der deutschen Politik wird das Ziel der bevorstehenden Wahl sein müssen. Unter der Ueberschrift „Für die Republik“ schreibt der Vorsitzende des Parteiausschusses der demokratischen Partei Erkelenz in der „Vossischen Zeitung“: Der durch den französischen Imperialismus Poincarés, durch die Markherrichtung und Inflation erzeugte Reichstag hat geendet. Nun handelt es sich um die Sicherstellung der Gesundheit in der deutschen Republik, die seit London angebahnt ist. Das schwerelnde besetzte Gebiet fordert mit Recht eine demokratische Innenpolitik die als Grundlage einer demokratischen Außenpolitik Deutschland wieder zur gleichberechtigten Nation in Europa macht. Der „Vorwärts“ erklärt die Stunde von der endlich vollzogenen Auflösung dieses unmöglichen Reichstages vom 4. Mai habe überall in den Kreisen der Sozialdemokraten geradezu Jubel hervorgerufen. Man empfindet diese Auflösung als den Weg der Vernunft und des Rechtes.

London, 21. Okt. Die Auflösung des deutschen Reichstages wird in der Presse viel besprochen. Der Berliner Richterstatler des „Daily Telegraph“ schreibt: Jedem unparteiischen Beobachter wird die Auflösung als die einzige mit den eigenen Interessen Deutschlands übereinstimmende Lösung erscheinen. Der neue Reichstag wird sicher lebensfähiger sein.

Die Sozialistenkrise in Sachsen.

Die Einlassungsverhandlungen gescheitert.

Dresden 20. Okt. Die gestrigen Einlassungsverhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Fraktionen unter der Leitung einer Abordnung des Reichsparteivorstandes verliefen ergebnislos. Die gleichzeitig tagende Ostsachsen-Konferenz der Partei beschloß, den Rücktritt der vier sozialistischen Minister zu verlangen. Ferner soll der am nächsten Sonntag stattfindende Landesparteitag Richtlinien für eine Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung aufstellen. Für den Fall der Ablehnung dieser Richtlinien durch Demokraten und Volks-

parteieller soll der Landesparteitag die Fraktion verpflichten, für die Landtagsauflösung zu stimmen. Die Freiburger Sozialdemokraten haben den Ausschluß des rechtssozialistischen Abgeordneten Betsche aus der Partei beantragt, und die Ostsachsenkonferenz der Partei hat in diesem Sinne beschlossen, den Vorstand der Dresdener Sozialdemokratie zu ersuchen, ein Verfahren gegen Betsche einzuleiten und ihn von seinem Posten als Parteisekretär zu entfernen. Betsche soll angeblich einen verflochtenen Brief an einen linksstehenden Abgeordneten geschrieben und den Inhalt einem bürgerlichen Minister überbracht haben.

Die Demokraten zur Reichstagsauflösung.

Wenn die Demokraten nicht von Natur so bescheidene Leute wären, so wären ihnen die Aufmerksamkeit, mit denen sie in den letzten Tagen von allen Seiten beachtet wurden, schon lange zu Kopf gestiegen. Nicht nur vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei, sondern sogar von einem Teil der Deutschnationalen wurden sie aufs dringendste beschworen, doch ja in der Regierung zu bleiben und den Bürgerblock mitzumachen. Warum dieses stürmische Liebeswerben um eine Partei, die man doch sonst so gern zum alten Eisen geworfen und als quantitate negligable behandelt hat? Zum dritten oder vierten Male hat der Reichskanzler nun schon dieselbe Anfrage an die Fraktion gerichtet, ohne sich durch die vorhergegangenen Ablehnungen abschrecken zu lassen. Die Reichstagsfraktion der Demokraten hat sich durch alle Umwerbungen nicht von ihrer geraden Linie abbringen lassen. Als das nichts half, kam man mit Drohungen, aber auch diese prallten wirkungslos ab. Die demokratische Reichstagsfraktion weiß eben recht genau, daß bei allen diesen Huldigungen sehr wenig Liebe, gar keine Treue, dafür aber desto mehr Falschheit im Spiel ist. Die demokratische Reichstagsfraktion sollte, das ist doch der eigentliche Sinn dieses merkwürdigen Treibens, ihren guten Namen dazu hergeben, um als Feigenblatt für eine reaktionäre Politik zu dienen. Die Demokraten würden Verrat an ihren eigenen Idealen üben, wenn sie sich hätten dazu mißbrauchen lassen.

Das tollste aber, was man sich jetzt geleistet, ist der Versuch, die Demokraten als den Sündenbock für die Auflösung des Reichstages hinzustellen. Ausgerechnet die Feinde von den in Betracht kommenden Fraktionen soll die Verantwortung dafür tragen, daß dieser Reichstag sich nicht als arbeitsfähig erwiesen hat. Die 27 Demokraten unter den 472 Mitgliedern des Reichstages sollen es sein, die die Schaffung einer wirksamen, aktionsfähigen Regierung verhinderten. Dem deutschen Volke sind ja in Wahlselten schon manchmal recht viele Lügen aufgetischt worden, mit so lächerlichen Argumenten hat man bisher aber doch noch nicht vor die Wählerchaft zu treten gewagt. Es ist besonders der Deutschen Volkspartei vorbehalten geblieben, auf diesem Gebiet einen Rekord aufzustellen, der wohl kaum zu schlagen sein wird.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist in schwerem Kampfe gegen die Deutschnationalen gewählt worden. Sie hat gefochten unter der Parole: Beibehaltung der bisherigen Politik der Erfüllung. Diese Erfüllungspolitik beginnt jetzt endlich die erhofften Früchte zu tragen. Sie erweist sich gerade in diesen Tagen, wo die Klüftung von Dortmund, Götze usw. erfolgt, als die wahre Befreiungspolitik. Es gehört schon ein gewaltiges Maß parteitaktischer Verbohrtheit dazu, um gerade jetzt die Forderung aufzustellen, daß die Deutschnationalen in die Regierung aufgenommen werden sollen, die diese Politik bisher aufschärfte bekämpft haben. Die Befreiung der Deutschnationalen zu den Richtlinien des Reichskanzlers ist doch allzu plausibel, als daß man sie für ehrlich halten könnte. Die deutschnationalen Herrschaften haben doch ein viel zu robustes Gewissen, als daß sie auf dem Wege zu der solange entbehrten und so stürmisch ersehnten Macht im Staate über die Zwirnsfäden derartigen Erklärungen stolpern würden. Die Theorie vom feigen Papier ist doch in ihren Kreisen politischer Grundfalsch. Ihre wahren Absichten haben sie doch für jeden, der nicht gerade ein Bönhase in den Gefilden der Politik ist, deutlich genug dadurch kenntlich gemacht, daß sie für die Befreiung der ihnen in Aussicht gestellten Ministerstellen keinen einzigen aus der Minderheit der Fraktion in Betracht zogen, die für das Eisenbahngesetz gestimmt hatten. Die Nennung des Abg. Laverrenz als Ministerkandidaten, der auf dem äußersten bürgerlichen Flügel der Partei steht, zeigt doch recht deutlich, daß die realpolitisch gesinnten Elemente immer noch vollständig an die Wand gedrückt werden von den bürgerlichen Schreibern und Agrarpropagandisten. Der Name Laverrenz ist geradezu eine Provokation für alle republikanisch und demokratisch Gesinnten. Wie Herr Stresemann mit solchen Leuten im Kabinett die bisherige Politik fortsetzen will, das bleibt sein Geheimnis.

Der Reichskanzler hat in seinem Briefe an die Demokraten vom Montag vormittag an diese das Verlangen gestellt, den Reichswehrminister Dr. Gessler als Fraktionsmitglied in dem nach rechts zu erweiternden Kabinett zu belassen, um auf diese Weise eine Auflösung des Reichstages zu vermeiden. Herr Marx hat diesen Brief wahrscheinlich aus dem Bestreben heraus geschrieben, auch die letzte Möglichkeit für die Bildung eines Bürgerblockkabinetts zu erschöpfen, wie das seine Fraktion von ihm verlangt hatte. Ueber die Aussichten dieses Schrittes wird er sich wohl selbst nicht im unklaren gewesen sein. Der eine Vertrauensmann der Demokraten in der Regierung hätte, selbst wenn er die volle Mehrheit